Beobachter

Be+ Debatte um heikle Chemikalien

Das sagt die Wissenschaft zu den «Industrie-Tricks»

Die Chemie-Lobby kämpft gegen ein drohendes Verbot gesundheitsschädigender PFAS-Chemikalien. Martin Scheringer von der ETH entlarvt eines ihrer wichtigsten Argumente.

Tina Berg
Veröffentlicht am 28. März 2024 - 06:00 Uhr

Bild: Gabriel Monnet/KEYSTONE - Montage: Beobachter

Die EU schlägt vor, die langlebigen und teilweise giftigen Industriechemikalien PFAS generell zu verbieten. Das sorgt für grossen Wirbel, auch in der Schweizer Industrie. Sie verlangt unter anderem, dass man die Stoffe stattdessen einzeln «auf wissenschaftlicher Basis» reguliert. Hinter dieser Forderung steckt aber weit mehr, als man im ersten Moment vermuten könnte, wie ETH-Wissenschaftler Martin Scheringer im Interview zeigt.

Herr Scheringer, «strikt risikobasiert» und auf «wissenschaftlicher Basis»: So sollen PFAS reguliert werden, findet die Industrie. Was sagen Sie als Wissenschaftler dazu?
Dieses Argument entstand vor rund 30 Jahren und wird seither immer wieder ins Spiel gebracht. Die Industrie verlangt damit eigentlich, dass untersucht wird, wie hoch das Risiko ist, das der Gebrauch einer Substanz mit sich bringt. Wie ist die Exposition – also wer ist wann wo welchen Mengen ausgesetzt, und wie gefährlich ist das? Und dass man

© 2024 Beobachter

erst dann entscheidet, ob der Stoff verboten werden soll.

Das wirkt doch plausibel.
Ja, aber es ist im Einzelnen oft nicht machbar. Es spielen nämlich sehr viele Faktoren eine Rolle dabei, wer einer Chemikalie wie stark ausgesetzt ist und wie sie sich konkret auswirkt. Das, was als wissenschaftlicher Anspruch verkauft wird, vermittelt ein falsches Bild von wissenschaftlicher Genauigkeit. Die Exposition genau zu erfassen, sie dann zu kontrollieren beziehungsweise zu vermeiden – das ist nicht realisierbar.

Zur Person

Mehr anzeigen

Das müssen Sie erklären.
Es lässt sich gut an einem Beispiel zeigen: Von 100'000 chemischen Substanzen, die 1981 in der EU auf dem Markt waren, haben die Behörden der EU-Mitgliedsstaaten bis 1997 nur für zehn (!) davon eine vollständige Risikobewertung durchführen können. Es würde also Jahrhunderte dauern, alle Substanzen auf dem Markt umfassend bezüglich ihres Risikos für Mensch und Umwelt zu bewerten. Und daher ist es eigentlich irreführend, zu behaupten, dass eine so genaue Risikoabschätzung möglich ist. Und erst recht, dass sich der Staat bei der Regulierung von Chemikalien darauf abstützen sollte.

Wieso?
Weil die behördliche Logik und die wissenschaftliche Logik sich stark unterscheiden. Die Behörden haben die Aufgabe, ein gesellschaftliches Problem zu lösen. In diesem Fall: die Bevölkerung und die Umwelt vor einer – als problematisch erkannten – Chemikalie zu schützen. Und zwar, wenn nötig, auch nach dem Vorsorgeprinzip. Das bedeutet, dass man mögliche zukünftige Effekte im Voraus vermeidet, selbst wenn man noch nicht alles über das Problem weiss. So ist es in der EU angedacht, wo aktuell ein generelles Verbot von PFAS diskutiert wird. In der Wissenschaft hingegen suchen wir mit einem offenen Zeithorizont nach gesicherter Erkenntnis, also das Umgekehrte der Situation der Behörden.

«Es gibt immer Aspekte, welche die Wissenschaft nicht kennt oder nicht versteht. Das ist ihr Antrieb. Das ist die Logik der Wissenschaft, aber nicht die der Behörden.»

Martin Scheringer

Wozu führt das?
Die Behörden müssen basierend auf dem vorhandenen Wissen, sozusagen im Hier und

© 2024 Beobachter

Jetzt, Entscheidungen treffen, auch wenn dieses Wissen unvollständig ist. Streng genommen ist es nahezu immer unvollständig. Es gibt immer Aspekte, welche die Wissenschaft nicht kennt oder nicht versteht. Für die Wissenschaft ist das kein Problem, es ist sogar ihr Antrieb. Das ist die Logik der Wissenschaft, aber nicht die der Behörden.

Ist es denn nicht wünschenswert, dass der Staat sich an der Wissenschaft orientiert? Alles andere wäre doch unseriöser Blindflug.
Natürlich kann man nicht im luftleeren Raum Gesetze machen, sondern muss vorhandenes Wissen berücksichtigen. Aber die Behörden müssen zum Beispiel beim Entscheiden auch überlegen, wie eilig es ist. Solche Fragen spielen für die Wissenschaft keine Rolle. Das ist der Kernpunkt. Man darf dem Staat nicht aufzwingen, dass er der wissenschaftlichen Logik folgen muss.

Wieso nicht?
Wenn von den Behörden auf diese Weise gefordert wird, sie müssten «wissenschaftlich fundiert» regulieren, geraten sie in die Defensive, weil es so aussieht, als ob sie Chemikalien regulieren wollten, ohne eine ausreichende Rechtfertigung dafür zu haben. Die Industrie stellt nämlich unerfüllbare Forderungen auf, scheinbar unter dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Das ist ein Mechanismus, ein «Trick» der Industrie. Sie blendet die Öffentlichkeit mit einem legitim klingenden Anspruch und versucht damit, der Behörde die Autonomie abzusprechen. Die Behörde muss aber die Bevölkerung schützen und kann dabei nicht immer auf noch mehr wissenschaftliche Resultate warten. Die Wissenschaft ist nicht die einzige oder wichtigste Stimme hier! Sondern auch der gesunde Menschenverstand.

«Es werden Forderungen aufgestellt, die so nicht umsetzbar sind. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Realität.»

Martin Scheringer

Das sind ziemlich harsche Vorwürfe an die Industrie.
Nun ja, es werden schlicht Forderungen aufgestellt, die so nicht umsetzbar sind. Dieses Verlangen nach «wissenschaftlich fundierter» Regulierung ist schon lange ein Thema, es ist ja nicht per se falsch. Es wird jedoch eine Form von Wissenschaftlichkeit vorausgesetzt, die die Perspektive extrem verengt, und zwar im Sinne der Industrie. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Realität.

Die Chemie-Industrie argumentiert, die Gesellschaft brauche die PFAS.
Es gibt viele Alternativen zu PFAS. Man steht da in der Forschung überhaupt nicht am Anfang. Die Chemiefirma 3M hat zum Beispiel schon vor 20 Jahren Feuerlöschschaum

© 2024 Beobachter

ohne PFAS hergestellt, der genauso gut funktioniert. Trotzdem wird auf dreiste Art behauptet, dass zum Beispiel die Energiewende ohne PFAS nicht machbar sei, weil PFAS in vielen Technologien wie Solarzellen oder Batterien stecken. Das ist Angstmacherei und stimmt so nicht.

«Die PFAS werden nicht abgebaut. Das ist das etablierte chemische Wissen.»

Martin Scheringer

Sie haben mit dem Global PFAS Science Panel an der Vernehmlassung zum EU-Verbot teilgenommen und dort auf Falschbehauptungen von Chemiekonzernen hingewiesen.
Genau. Ein grosser Chemie- und Pharmakonzern hat in seinem eingereichten Kommentar zum PFAS-Beschränkungsvorschlag Bezug auf eine experimentelle Untersuchung einer deutschen Hochschule genommen. Dabei geht es um eine PFAS, die der Konzern verwendet. Weil der Konzern einen Satz zu den Resultaten der Untersuchung in Anführungszeichen gesetzt hat, wirkt es so, als sei das eine Aussage der Wissenschaftler. Nämlich dass die Substanz sich – im Einklang mit grundlegenden chemischen Kenntnissen – irgendwann vollständig abbauen sollte, auch wenn es lange dauert. Diese Aussage erscheint aber gerade *nicht* in der Publikation der Wissenschaftler, denn deren Resultate zeigen genau das Gegenteil: Die PFAS werden nicht abgebaut. *Das* ist das etablierte chemische Wissen.

Sehr unverfroren.
Es ist wirklich äusserst erstaunlich, dass eine bekannte Firma bereit ist, ihren Ruf und ihre Glaubwürdigkeit in dieser Weise zu ruinieren. Aus rein materiellem Eigeninteresse wird vorgetäuscht, dass eine in Wahrheit nicht vorhandene und inhaltlich falsche Aussage in einer wissenschaftlichen Publikation steht. Wenn solche moralisch inakzeptablen Praktiken als vertretbar gelten, wirft dies ein äusserst schlechtes Licht auf die chemische Industrie.

Wenn klar ist, dass so gelogen wird – glaubt denn überhaupt irgendjemand an die Aussagen der Industrie?
Erstaunlicherweise ja. Sogar der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck hat vor einer «Überregulierung» gewarnt letzten Sommer, in Sorge um die Energiewende. Ich konnte es kaum glauben. Das ist sehr kurzsichtig. Man darf nicht Klimaschutz und Schutz vor Chemikalien gegeneinander ausspielen. Wir sind ja sonst so stolz auf unsere Innovationskraft, und jetzt, wo wir sie brauchen, sagen wir plötzlich: «Ooch, das können wir nicht machen.» Teile der Industrie sind aus Eigeninteresse dagegen, dass dieser Bereich stärker reguliert wird. Das ist grundsätzlich legitim. Ich finde es aber schlimm, mit welch unehrlichen Mitteln sie dabei teilweise vorgehen.

© 2024 Beobachter

Lesen Sie dazu auch

- **Schweizer Firmen kämpfen für «ewiges Gift»:** Die EU will die Industriechemikalien PFAS verbieten. Und stösst auf grossen Widerstand der Lobbys – auch von der Schweizer Industrie. → Zum Artikel
- **Das sind die Methoden der Chemie-Lobby:** Im Kampf gegen ein weitreichendes PFAS-Verbot in der EU mischen sich auch Schweizer Firmen und Verbände ein. Das sind ihre Strategien. → Zum Artikel
- **PFAS – deshalb sind die Chemikalien ein Problem:** Eine interaktive Infografik zu PFAS und warum sie so gefährlich sind. → Zur Infografik

Tina Berg schreibt seit 2018 für den Beobachter. Oft über Politik, Klima, Recht und Geschichte. Mehr erfahren

© 2024 Beobachter